

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Gunter Jess, Fraktion der AfD

**Bosnische und syrische Arbeitnehmer in Mecklenburg-Vorpommern
und**

ANTWORT

der Landesregierung

Zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „Gefälschte Bildungsabschlüsse ausländischer Arbeitskräfte“ auf Drucksache 7/3163 ergeben sich Nachfragen.

1. Wie viele bosnische und syrische Arbeitnehmer sind derzeit in Mecklenburg-Vorpommern tätig (bitte nach Berufen, Herkunftsland und Anzahl aufschlüsseln)?

Die Angaben können über folgende Links aufgerufen und den aufgezeigten Tabellen entnommen werden:

1. „Migrations-Monitor Arbeitsmarkt - Eckwerte - Deutschland, Länder“
<https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Migration/Personen-nach-Staatsangehoerigkeiten/Personen-nach-Staatsangehoerigkeiten-Nav.html> (Tabelle „T-Arbeitsmarkt“)
2. „Migrations-Monitor Arbeitsmarkt - Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten - Deutschland, Länder, Kreise“
<https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Migration/Personen-nach-Staatsangehoerigkeiten/Personen-nach-Staatsangehoerigkeiten-Nav.html> (Tabellen „4“ und „6“)

Darüber hinaus liegen der Landesregierung keine weiteren Angaben vor.

2. Wie lange sind die bosnischen und syrischen Arbeitnehmer bereits in ihren jeweiligen Berufen in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt (bitte nach Jahren und Anzahl der bosnischen bzw. syrischen Arbeitnehmer aufschlüsseln)?

Herkunftsland	Beruf	Beschäftigung seit
Syrien	Tierarzt	11/2018

Darüber hinaus liegen der Landesregierung keine weiteren Angaben vor.

3. Wie viele Anträge auf Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen bosnischer und syrischer Staatsangehöriger wurden in Mecklenburg-Vorpommern abgelehnt (bitte nach Jahr, Herkunftsland und Anzahl aufschlüsseln)?
Welche Gründe waren für die Ablehnungen maßgebend?

Herkunftsland	Beruf	2016	2017	2018
Syrien	Lehrer	5	8	25

Die Ablehnung erfolgte aufgrund der Nichterfüllung der fachrechtlichen Voraussetzungen für den reglementierten Beruf des Lehrers.

Darüber hinaus liegen der Landesregierung keine weiteren Angaben vor.